

Stellungnahme des Saarländischen Flüchtlingsrates e.V. zur geplanten Bestellung einer oder eines Beauftragten des Saarlandes gegen Rassismus

Der Saarländische Flüchtlingsrat e.V. begrüßt die Einrichtung einer/eines Beauftragten gegen Rassismus im Saarland. Aus unserer Sicht ist das ein weiterer richtiger Schritt nach der Streichung des „Rasse“-Begriffes aus der saarländischen Verfassung und seine Ersetzung im allgemeinen Diskriminierungsverbot durch die Formulierung „aufgrund rassistischer Zuschreibungen“. Die Einrichtung einer/eines Beauftragten gegen Rassismus wäre ein politisches Zeichen dafür, dass der Kampf gegen Rassismus ganz oben auf der staatlichen und gesellschaftlichen Tagesordnung angekommen ist. Allerdings darf es dabei nicht stehen bleiben. Antirassismus ist in unserer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit. Dafür bräuchte es mehr als die Einrichtung einer/eines Beauftragten gegen Rassismus oder pädagogische Programme und Projekte wie „Demokratie leben!“. Defizite sehen wir insbesondere, wenn es um die Frage von Flucht, Asyl und Migration geht. Deshalb möchten wir auf die aktuellen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in diesem Bereich in fünf Punkten schlaglichtartig eingehen.

1. „Rassismus tötet“: Das war das Motto unserer Plakatkampagnen 2016 und 2021 (in diesem Jahr zusammen mit der Aktion 3.Welt Saar e.V.) in Erinnerung an den ghanaischen Geflüchteten Samuel Yeboah, der durch einen rassistisch motivierten Brandanschlag im September 1991 ermordet wurde. 30 Jahre lang wurden die Gründe für dieses Verbrechen staatlicherseits ignoriert, obwohl es regelmäßig Mobilisierungen von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen gegen das Vergessen und für ein würdiges Erinnern an Samuel Yeboah gab. Das rassistische Motiv des Brandanschlags wurde in diesen Mobilisierungen immer wieder thematisiert. Mehrere Mitglieder des Saarländischen Flüchtlingsrates waren von Anfang an Teil dieser Mobilisierungen. Wir haben erlebt, wie geschwiegen und geleugnet wurde. Der Begriff „Rassismus“ galt als Schlagwort und wurde in Bezug auf das Saarlouiser Verbrechen bewusst vermieden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses des Landtages, um das saarländische Staatsversagen im Umgang mit dem Mord an Samuel Yeboah und weiterer rassistischer Anschläge in den 1990er Jahren aufzuarbeiten. Die Frage ist, welche politischen Haltungen, Sichtweisen oder Ressentiments der Verantwortlichen in Politik und Behörden dazu führten, das Offensichtliche im Kontext der „Ausländer raus-Mobilisierungen“ Anfang der 1990er Jahre nicht zu sehen.

2. Die Vergangenheit ist nicht vergangen: Die Mordserie des neonazistischen NSU, der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke oder die Morde von Hanau im Februar 2020 markieren einmal mehr die Dimension rassistischer Gewalt in unserer Gesellschaft. Insoweit befürworten wir jede Maßnahme, die darauf abzielt, Rassismus und völkisches Denken gesellschaftspolitisch zu ächten. Rassismus ist wie Antisemitismus für Betroffene eine existenzielle Bedrohung und eine massive Gefahr für unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Erfahrungen der Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund rassistischer Zuschreibungen machen Migrant:innen und Geflüchtete ständig. Das reicht von bösen Gemeinheiten im Alltag bis hin zu Formen von strukturellem Rassismus. Beispiele hierfür wären Benachteiligung bei der Wohnungssuche, Schwierigkeiten in

Betrieben und Behörden (Ausländerbehörde oder Jobcenter) oder die verdachtsunabhängigen Kontrollen der Bundespolizei in Zügen und Bahnhöfen (Stichwort: Racial Profiling). In vielen Alltagssituationen erleben Migrant:innen und Geflüchtete unsere Gesellschaft weder offen noch diskriminierungsfrei.

3. Vor den Taten kommen die Worte: Der Mord an Samuel Yeboah wurde durch ein Klima der rassistischen Hetze ermöglicht. Damals wie heute gab es eine „Asyldebatte“, in deren Folge das Menschen- und Grundrecht auf Asyl deutlich eingeschränkt wurde, flankiert von einer Vielzahl an Übergriffen und rechtem Terror. „Wir können nicht ganz Afrika aufnehmen“ oder „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ – so schallt es bis heute vom rechten Rand und so tönt es aus der Mitte der Gesellschaft zurück. Die Bedrohungsszenarien vom „ungebremsten Zustrom“ Geflüchteter und das medial vermittelte Stakkato von „illegaler“ und „irregulärer Einwanderung“ knüpfen unmittelbar an die rassistische Das-Boot-ist-voll-Rhetorik der 1990er Jahre an. Dabei scheint jeder Maßstab und Anstand verloren zu gehen. Das gilt nicht nur für die Hemmungslosigkeit und sprachliche Verrohung à la Jens Spahn¹ und Friedrich Merz² (beide CDU), sondern genauso für das wiederkehrende Gerede von der „dramatischen Lage“ und „dem Notstand“ in den Kommunen. Beispielhaft dafür steht der Brandbrief von Friedrichthals Bürgermeister Christian Jung³ (SPD) an Bundeskanzler Olaf Scholz im März 2023. Statt politischer Distanzierung stieß dieser Brief in allen Parteien auf Zustimmung, obwohl ihn die Saarbrücker Zeitung zurecht als rassistisch kritisierte. Aus unserer Sicht stehen hier alle demokratischen Parteien in der Verantwortung, die eigenen Verlautbarungen im Kontext der nach wie vor laufenden „Asyldebatte“ kritisch zu hinterfragen und aufzuarbeiten.

4. Keine Normalisierung von Rassismus und Diskriminierung in der politischen Debatte:

Wie viele politische Maßnahmen im Bereich der Asylpolitik basieren auf rassistischen Narrativen oder bedienen diese? Wir erinnern nur an die Worte des ehemaligen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU), der die Migrationsfrage als die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land bezeichnete. Ein Narrativ, das immer und immer wieder bemüht wird. Nicht nur von der AfD: Ob es um die finanziell schwierige Situation in den Kommunen oder die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt geht, ganz schnell wird Migration als Problem ausgemacht und es werden Dinge miteinander verknüpft, die keinen Zusammenhang haben. Wir möchten nicht die schwierige Situation der saarländischen Kommunen kleinreden. Allerdings sind dafür nicht die Geflüchteten verantwortlich. So ist zum Beispiel der eklatante Mangel an Sozialwohnungen hausgemacht und ein Ergebnis falscher politischer Entscheidungen der Vergangenheit. Denn seit den 1990er Jahren standen die Zeichen auf neoliberale Deregulierung und Ausstieg der öffentlichen Hand aus der sozialen Wohnungspolitik. Korrekt wäre es also, die sozialpolitischen Fehler der Vergangenheit zu thematisieren und aufzuarbeiten, statt sie in der aktuellen Situation gegen diejenigen zu drehen, die ihre Länder wegen Krieg und existenzieller Not verlassen mussten.

5. Rassismus behauptet die Nicht-Gleichwertigkeit der Menschen und lehnt ihre

Gleichberechtigung ab: Darauf zielt alle rechtspopulistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete: Sie werden abgewertet und ausgegrenzt. Auch politische Phrasen wie „Schlechte Bleibeperspektive“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Einwanderung in die Sozialsysteme“ gehören zum Repertoire der Diskriminierung. In einer destruktiv geführten Debatte über Flucht und Asyl verbindet sich rechte Stimmungsmache mit repressiven Vorschlägen und Maßnahmen gegen Geflüchtete. Beispielhaft stehen hier für uns die (wiederkehrende) Diskussion um die Obergrenze bei der Aufnahme von Geflüchteten, die Einrichtung von Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die Einführung der Bezahlkarte, die Abschiebungsoffensive (Olaf Scholz (SPD): „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“) oder die Abschaffung des individuellen Rechtes auf Asyl, wie sie von der CDU in ihrem neuen Grundsatzprogramm gefordert wird. So wird aus sich aufschaukelnder rassistischer Stimmungsmache konkrete Politik. Eine Politik, die an die Substanz völkerrechtlicher Vereinbarungen (Genfer Flüchtlingskonvention) und der durch das Grundgesetz garantierten Freiheits- und Gleichheitsrechte geht. Zur Brandmauer gegen die AfD gehört nicht nur

die Ablehnung der politischen Zusammenarbeit, sondern genauso, dass deren Inhalte nicht 1:1 übernommen werden.

Zusammenfassende Forderungen: So richtig und notwendig die Einrichtung einer/eines Beauftragten gegen Rassismus beim saarländischen Landtag als Ansprechstelle für Betroffene ist, braucht es darüber hinaus die gesellschaftspolitische Verpflichtung zu einer antirassistischen Politik. Das setzt allerdings einen politischen Paradigmenwechsel insbesondere in der Einwanderungs- und Asylpolitik voraus. Als Saarländischer Flüchtlingsrat e.V. erwarten wir von allen demokratischen Parteien und politisch Verantwortlichen:

- Weder eine inhaltliche noch organisatorische Zusammenarbeit mit der AfD und eine deutliche Zurückweisung des in der Mitte der Gesellschaft erstarkten völkisch-rassistischen Diskurses
- Sprachliche Abrüstung in der laufenden Asyldebatte: Die Zuwanderung von Geflüchteten lässt sich nicht in Kategorien des „Notstandes“ und der „Naturkatastrophe“ verhandeln
- Auf allen Ebenen: Willkommen und Solidarität statt sturem Festhalten an der Politik der Abschreckung und Abschottung von Geflüchteten
- In allen asylpolitischen Maßnahmen: Orientierung auf eine Politik der Selbstbestimmung und der Menschenrechte

Fußnoten:

¹ Jens Spahn sprach sich dafür aus, „irreguläre Migrationsbewegungen“ gegebenenfalls „mit physischer Gewalt“ aufzuhalten. Welt Online, 25.10.2023:

<https://www.welt.de/politik/article248164060/Jens-Spahn-Irregulaere-Migrationsbewegungen-notfalls-mit-Gewalt-aufhalten.html>

² Über abgelehnte Asylsuchende sagte Friedrich Merz: "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen." ZDF heute, 28.09.2023:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/merz-gefluechtete-zahnarzt-100.html>

³ Brandbrief von Christian Jung (SPD), Bürgermeister von Friedrichsthal im März 2023.

Saarbrücker Zeitung Online, 08.03.2023: https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/friedrichsthal-das-steht-in-christian-jungs-brandbrief-an-scholz_aid-86271545

Vorstand und Geschäftsführung

Saarlouis, 23.06.2024